

Das Sozialticket wurde abgelehnt, es lebe das Sozialticket!



Nach 1,5 jähriger Vorarbeit wurde in der letzten Kreistagsitzung über unseren Antrag zur Einführung eines Sozialtickets im Landkreis abgestimmt. Mobilität ist kein Luxus, sondern eine Grundvoraussetzung für die Teilhabe an der Gesellschaft und insbesondere im ländlichen Raum, wo es in vielen Dörfern keinen Supermarkt, keine Arztpraxen, Apotheken, Geldautomaten, Post mehr gibt, lebensnotwendig. Hierfür ist die von uns vorgeschlagene Ermäßigung der Monatskarte um 20 Euro dringend notwendig. Die Diskussion, ob der Kreis eine freiwillige Leistung für etwas erbringen soll, für das eigentlich der Bund

zuständig ist, hilft den Menschen nicht weiter. Freiburg hat es uns vorgemacht und dort gibt es sicherlich noch viel eher als bei uns, die Möglichkeit zu Fuß oder mit dem Fahrrad unterwegs zu sein.

Leider sahen die Kollegen von CDU, Freien Wählern, FDP und die AfD dies anders und stimmten geschlossen dagegen. Zum Teil wurde die Notwendigkeit komplett abgesprochen, was sich dann allerdings mit den horrenden angeblich zu erwartenden Kosten widersprach. Je höher die Kosten, desto größer der Bedarf und desto dringender ist die Einführung notwendig.

AUS DEM INHALT

Integrationshindernis Landratsamt	2
Starke Frauen – starke Demokratie	3
Ellen Brinkmann ausgezeichnet	5
Die Staufener Tafel	6
Impressum	7
Die Schwafel-Schwampel	8
Über Kreisverkehre und Flüchtlinge	8
Schwieriger Parteitag	9
17.000.000.000 € pro Jahr	11
Termine	12
Kostenfreies Kindergartenjahr	12
SPD als Partei aller Arbeitnehmer	13



Das Landratsamt als Integrationshindernis

Der Kreisvorstand nutzte die Sitzung in Kirchzarten, um sich im Vorfeld zunächst einmal die älteste Flüchtlingsunterkunft im Landkreis anzuschauen und anschließend mit Mitgliedern der verschiedenen Helferkreise im Dreisamtal zu sprechen.

Die Flüchtlingsunterkunft am Keltenbuck ist bereits seit Jahrzehnten in Betrieb. Bei den derzeitigen Mindeststandards von 7 m² je Flüchtling ist sie für 58 Menschen ausgelegt, die in 2-3-Bettzimmern untergebracht werden. Das Alter sieht man dem Gebäude an, mehr entsetzt hat die Mitglieder des Kreisvorstands allerdings der Zustand der Küchen. Hier scheinen klarere Putzregeln (und deren Durchsetzung) dringend erforderlich.

Derzeit wohnen 38 junge Männer in der Unterkunft, die meisten haben ein Zimmer für sich alleine. Zu Hochzeiten waren das auch mal an die 100. Wie die Wohnsituation dann ausgesehen hat, mag man sich nicht vorstellen.

Nach dem starken Zuzug von Flüchtlingen auch in unseren Landkreis haben sich überall Helferkreise gebildet, die sich mit hohem persönlichen Aufwand um die Menschen in den Heimen kümmern und unermüdlich an der Integration arbeiten. In Kirchzarten gibt es den Helferkreis

Wie ich in der Sitzung sagte, erinnerten die Gegenargumente zum Teil an Marie Antoinette: „Wenn die Leute sich den Bus nicht leisten können, sollen sie halt das Auto nehmen.“ Offensichtlich wurde da noch nie mit denjenigen gesprochen, die es betrifft. Unsere Fraktion hat sich ausgiebig mit Bedürftigen unterhalten und daher aus voller Überzeugung einstimmig dafür gestimmt. Insgesamt gab es sowohl für unseren Antrag als auch für den leicht abweichenden der Grünen 17 Stimmen, 11 davon von uns.

Wir werden das Ergebnis nicht einfach hinnehmen. Mit den Bürgerinitiativen, der Liga der Wohlfahrtsverbände und jedem, der mitmachen will, werden wir weiter für eine Mehrheit kämpfen.

Birk Stencke.

allerdings schon viel länger. Wir haben uns gefreut, dass mehrere Vertreterinnen und Vertreter unserer Einladung gefolgt waren und ein reges Gespräch zustande kam. Lob gab es hierbei für die Anstrengungen der Gemeinden aber heftige Kritik hagelte es für das Landratsamt. Unisono wurde die Behörde als Integrationsbremse dargestellt:

„Der Kreis wirft uns Knüppel zwischen die Beine, nimmt die Helferkreise nicht ernst und interessiert sich nicht für sie.“

Es hagelte Beispiele, die diese Aussage belegen: Flüchtlinge, die bereits mehr als zwei Jahre hier sind, gut Deutsch gelernt haben und eine Ausbildungsstelle haben, werden in den großen Lagern gehalten obwohl vernünftiger und günstiger Wohnraum gefunden ist. Gut integrierte Menschen, die bereits für sich selbst sorgen können, bekommen Abschiebungsbescheide. Der Datenschutz wird dafür missbraucht, Helfer auszubremsen.

Ganz anders die Gemeinden. Deren Engagement wird durchweg gelobt und auch hier gab es eine Reihe von Beispielen aus den Gemeinden des Dreisamtals. Nur die Suche nach einer Kleiderkammer zieht sich schon ewig und eine Lösung scheint leider nicht in Sicht. Dass die nächste Kleiderkammer in Titisee-Neustadt liegt wird als sehr unbefriedigend empfunden.

Auch aus anderen Helferkreisen wurden schon Probleme an uns herangetragen. Häufig geht es vor allem um die bürokratische Herangehensweise, bei der das

menschliche oft aus den Augen verloren wird.

Unsere Kreisräte Markus Millen und Birte Könnecke haben fleißig mitgeschrieben und sich einzelne Fälle auch im Detail notiert. Manche davon werden sie im Amt oder im Kreistag zur Sprache bringen können. Bei anderen Fällen stoßen sie an Grenzen: Da fehlt ein Einwanderungsgesetz neben dem Asylgesetz und das wird seit vielen Jahren von der Union blockiert.

Birte Könnecke und Oswald Prucker

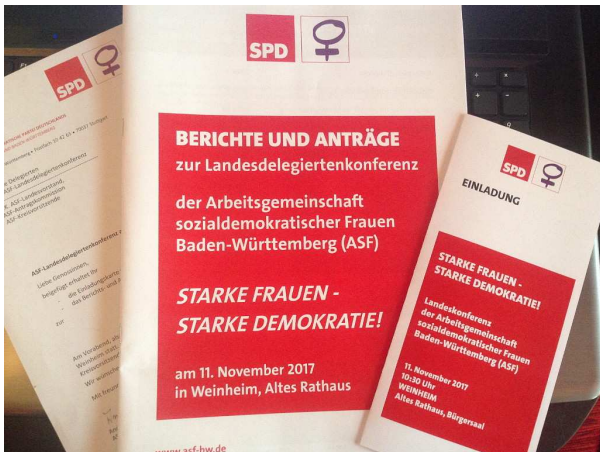
Starke Frauen – starke Demokratie

Am 11. November fand die Landeskonferenz der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen Baden-Württemberg (ASF) in Weinheim statt. Tanja Kühnel, Rose Riedl und Clara Heckmann waren dabei.

Was glauben Sie? Seit wann dürfen Frauen in Deutschland wählen? Eigentlich ist schon die Frage ungeheuerlich, wenn wir von einer modernen zivilisierten Gesellschaft wie der unseren ausgehen möchten. Umso mehr überrascht den einen oder die andere die Antwort, dass Frauen erst (!) seit 99 Jahren in Deutschland ein Wahlrecht haben.

Frauen wählen anders als Männer. Wie das ist und warum das so ist, war Thema der Landeskonferenz der ASF in Weinheim.

Herr Heiner Bernhard, Oberbürgermeister der Stadt Weinhheim, erfreute sich in seinem freundlichen Grußwort über so viel geballte Frauen-Power in seiner Stadt.



Ihm als Rednerin folgte Susanne Wenz, stellv. Verdi-Landesbezirksleiterin und begann mit den Worten: „Gestattet mir, etwas politischer zu werden, als mein Vorredner“. Eine klare Ansage, die mit viel Applaus angenommen wurde. Zwei ihrer besonderen Anliegen waren, dass Frauen sich nicht nur für Veränderungen einsetzen sollen, sondern auch dafür, dass Veränderung gewünscht wird. Nicht nur Bedürfnisse erkennen, sondern sie auch wecken. Ebenso fordert Susanne Wenz, dass politische Antworten einfach sein müssen – weil die Forderungen auch klar und einfach sind.

Udo Lutz, AfA-Landesvorsitzender, gab auf den Weg, dass AGs unbedingt jünger und vor allem weiblicher werden müssen. Er sieht hier zwar schon viel positive Veränderung, aber durchaus noch viel Luft nach oben. Auch zum Thema Erneuerung gab er als Denkanstoß in die Runde, dass dies zwar notwendig und gut sei, jedoch

muss auch das verloren gegangene erneuert, bzw. erhalten bleiben. Als Beispiel führte er an, dass Ortsvereine durchaus auch Anträge stellen können und sollen. Politische Arbeit darf auch wieder in die Basis (zurück).

Zum Thema „wie wählen Frauen“ referierte Bernhard Kornelius von der „Forschungsgruppe Wahlen“. Das Ergebnis wurde aus ermittelten Zahlen aus der vorangegangenen Bundestagswahl abgeleitet. Kurz und knapp zusammengefasst:

Frauen wählen mehr schwarz und grün.
Männer wählen mehr gelb und blau.

Ein „mehr“ für ROT war nicht erkennbar.

Frauen wählen eher positiv behaftet, personenbezogen und im bzw. nach einem Dialog. Männer wählen eher negativ behaftet, materiell und mit vorgefertigter Meinung.

Ebenso wurde die Frage beleuchtet: „Warum wählen Frauen Trump“
Häääää???

Ich hätte mir hier an dieser Stelle eigentlich eher die Fragestellung gewünscht, warum wählen Frauen Schulz nicht.

In der anschließenden kurzen Talkrunde stach für mich persönlich eine Bemerkung von Leni Breymaier besonders hervor:

„Es ist dringend notwendig, an der Wertigkeit der Dienste (!) zu arbeiten. Dienst am Produkt darf nicht horrend wertvoller oder teurer sein, wie die Dienst am Menschen.“
Spätestens hier können wir für deutlich

mehr Gleichstellung und Gerechtigkeit sorgen. Mit Blick in die Berufsgruppen „Dienst am Mensch“ und „Dienst am Produkt“ ist erkennbar, in welchen Bereichen mehr Männer und/oder Frauen tätig sind und wie diese Dienstleistungen vergütet werden.



Zu einer richtigen Landesdelegiertenkonferenz gehört natürlich auch immer zu wählen. Hier daher noch das Ergebnis der ASF-Vorstandswahl:

Andrea Schiele (KV Ulm) wurde mit 92 % der Stimmen als Vorsitzende bestätigt, zu ihren Stellvertreterinnen wurden Rebecca Hummel (KV Reutlingen) und Anneke Graner (KV Karlsruhe-Land) gewählt. Das Amt der Pressereferentin wird ausgeübt von Derya Türk-Nachbaur (KV Schwarzwald-Baar). Auf die Arbeit im Landesvorstand freuen sich als Beisitzerinnen Johannah Illgner (KV Heidelberg), Stella Kirgiane-Efremidou (KV Rhein-Neckar), Dagmar Neubert-Wirtz (KV Biberach), Dominique Odar (KV Rhein-Neckar), Hanna Rosahl-Theunissen (KV Freiburg) Annette Sawade (KV Schwäbisch Hall), Claudia Schöning-Kalender (KV Mannheim), Clara Streicher

(KV Stuttgart), Viviana Weschenmoser (KV Freudenstadt) und Nezaket Yildirim (KV Rhein-Neckar).

Tanja Kühnel

Ellen Brinkmann mit Willy-Brandt-Medaille ausgezeichnet

Wir freuen uns sehr, dass unsere langjährige Kreisrätin Ellen Brinkmann gestern mit der höchsten Auszeichnung unserer Partei, der Willy-Brandt-Medaille, für ihr beispielloses soziales Engagement über viele Jahrzehnte hinweg geehrt wurde.



Gernot Erler hielt die Laudatio und führte beinahe schon penibel die Verdienste Ellens auf. Trotzdem hatten alle anderen Gratulanten vom Bürgermeister bis zum Pfarrer bis zum Vorsitzenden der AWO noch dieses und jenes zu ergänzen.

Die beste Zusammenfassung vielleicht:
Dieses Engagement hätte auch für zehn
Leben gereicht und dann wäre es noch viel.

Anstelle einer Wiederholung aller
Verdienste veröffentlichen wir hier das
Grußwort unseres Fraktionsvorsitzenden
Reiner Zimmermann:

Liebe Ellen,

„Denn die im Schatten sieht man
nicht“, dieser Problematik hast Du Dich
im Sinne Berthold Brechts ein Leben
lang gewidmet! Die Kreistagsfraktion
gratuliert Dir, liebe Ellen, sehr herzlich
zur Verleihung der höchsten
Auszeichnung unserer Partei! Dein
Engagement als Sozialpolitische
Sprecherin der Fraktion ist legendär!

Ob Themen wie
Behindertenbeauftragte oder aktuell
Sozialticket, dein Herz schlägt für die
Schwachen in unserer Gesellschaft!

Ob kirchliche, gewerkschaftliche oder
allgemein caritative Einrichtungen im
Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald,
in Dir finden Sie Ihre Fürsprecherin!
Deine individuelle Hilfe hat im Land-
kreis viel Leid gelindert und in enger
Zusammenarbeit mit der Verwaltung
erfolgreiche Integration ermöglicht!
Der Verleihung des Bundesverdienst-
kreuzes und der Ehrung für das
Lebenswerk durch das Land Baden-
Württemberg folgt heute die höchste
Würdigung deiner Partei! Dein
Maßstab für erfolgreiches politisches

Handeln war immer die Soziale
Gerechtigkeit!

Damit hast Du viel Menschen aus dem
Schatten geholt - wir sind stolz Dich
dabei weiterhin begleiten zu dürfen!
Wir danken Dir, liebe Ellen und
wünschen Dir noch viele Jahre auf der
Sonnenseite des Lebens!

Reiner Zimmermann

Liebe Ellen, auch von hier beglück-
wünschen wir Dich für diese Auszeich-
nung. Du hast sie verdient.

Für den Vorstand

Birte Könnecke

Vorsitzende

Wichtiges soziales Angebot: Staufener Tafel

**Im Vorfeld zu unserer letzten Kreisvor-
standssitzung haben wir den Bad
Krozinger Tafelladen der Staufener Tafel
besucht und uns von Dr. Monath, Maria
Munsel und Erika König zusammen mit
weiteren Mitarbeitern und
Mitarbeiterinnen das Konzept des Vereins,
seine Arbeitsweise und die Probleme
erläutern lassen.**

Die Staufener Tafel betreibt bei
unterschiedlichen Öffnungszeiten Läden in
Staufen, Breisach und Bad Krozingen. Rund

80 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stemmen die Läden und das drumherum teils bezahlt, meist aber ehrenamtlich. Mit zwei Kühlfahrzeugen werden täglich alle Supermärkte der Region angefahren und mitgenommen, was dort bereitgestellt wird. Weitere Lebensmittel werden über Spenden dazu gekauft. So wird das Angebot vor allem auch um haltbare Lebensmittel ergänzt, die sonst nicht verfügbar wären. Außerdem betreibt der Verein in Bad Krozingen auch einen Kleiderkeller, der allen offensteht.



An den drei Standorten bedienen die Läden insgesamt rund 400 Kunden – eine Zahl, die über die Jahre relativ konstant ist und nach einer zunächst starken Zunahme durch die Flüchtlinge mittlerweile wieder auf diesen Stand zurückgekehrt ist. Die Kunden müssen ihre Bedürftigkeit nachweisen und bekommen dann einen Einkaufspass, der sie bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Tafel legitimiert.

An sich ist der von der Bahn gemietete Standort am Bad Krozinger Bahnhof gut, denn der Laden ist einfach und diskret erreichbar. Das Platzangebot und vor allem

die Lagermöglichkeiten sind aber sehr begrenzt und beengt. Auch die Sozialräume für die Mitarbeiter und das Büro sind sehr klein. Teils bizarr sind die bürokratischen Hürden, da die Tafelläden wie alle anderen Läden behandelt werden. Die Auflagen sind bei der großen Mitarbeiter- und Helferzahl kaum zu bewältigen und es ist manchmal auch nicht ganz einzusehen, wenn man einen Fahrer, der ja nun mal den Führerschein hat, fast noch erklären muss, welches der Pedale nun die Bremse ist.

Unser Eindruck: Die Staufener Tafel ist ein mit viel Herzblut und Professionalität geführter Verein, der ein sehr wichtiges Angebot für die Bedürftigen in der Region bereitstellt. Es ist wichtig, dass Menschen sich so engagieren, das zeichnet unsere Gesellschaft aus. Der Verein hat alle Unterstützung verdient, die er bekommen kann und natürlich sind Spenden herzlich willkommen. Wie, das steht auf www.staufener-tafel.de.

Oswald Prucker

IMPRESSUM

Herausgeberin & V.i.S.d.P. ist die Kreisvorsitzende der SPD Breisgau-Hochschwarzwald:

Dr. Birte Könnecke, Merzhauser Straße 4,
79110 Freiburg

Redaktion:

Oswald Prucker und Birte Könnecke
redaktion@spd-breisgau-hochschwarzwald.de

Die Schwafel-Schwampel

Die Regierungsbildung gestaltet sich offensichtlich schwierig und deshalb reden sie und reden und reden. Der Spiegel hat das Bündnis deshalb vor kurzen eine Schwafel-Schwampel genannt. Netter Name!



WWW.SPD-BREISGAU-HOCHSCHWARZWALD.DE

WIR IM NETZ

Aktueller als in diesem Newsletter sind wir im Netz. Man könnte auch sagen: Dieser Mitgliederbrief ist die ausgedruckte Webseite.

Kommt regelmäßig auf unsere [Homepage](#) oder auf unsere Facebookseite [Rot-wild im Schwarz-wald](#).



Was hat ein Kreisverkehr mit der Flüchtlingsbetreuung gemeinsam?

Das Rebhüsle auf dem Ehrenkirchener Kreisel soll die Verbundenheit der Gemeinde mit dem Weinbau symbolisieren. Aufgrund einer Landesverordnung will das Landratsamt es nun abreißen lassen, da von solchen Kreisverkehr-Bebauungen eine Unfallgefahr ausgehen kann. Eine derartig bürokratische Herangehensweise erbost die Bürger Ehrenkirchens sehr, zumal es in den vielen Jahren des Bestehens noch keinen einzigen Unfall gab, der auf das Rebhüsle zurückzuführen war.



Ebenso verärgert zeigen sich viele Vertreter von Helferkreisen im Landkreis derzeit über den wenig menschlichen und allzu bürokratischen Umgang mit den Flüchtlingen und über die mangelnde Kommunikation auf Augenhöhe mit dem Landratsamt. So werden beispielsweise bei einem Umzug

die Besitztümer des Flüchtlings mit einem landkreiseigenen Fahrzeug transportiert, während der Flüchtling selbst mittels Bus und Bahn sein neues Zuhause erreichen muss, da die Personenbeförderung in den Fahrzeugen nicht versichert ist.

Ist nun also das Landratsamt der Buhmann, der die armen Bürger drangsalieren will? Teils, teils. Zum einen täten die Mitarbeiter gut daran, sich mal wieder darauf zu besinnen, dass die Verwaltung FÜR den Bürger da ist und nicht gegen ihn. Spielräume sollten ausgeschöpft werden, um menschlich miteinander umzugehen und sich nicht ausschließlich auf Paragraphen auszuruhen. Oftmals ist es möglich, eine allgemeinverträgliche Lösung zu finden, wenn der Wille dazu auf allen Seiten vorhanden ist.

Auf der anderen Seite kann Bürokratieabbau nur funktionieren, wenn wir uns von der derzeit herrschenden Vollkasko-Mentalität ein Stück weit verabschieden. Solange jemand, dem bei Sturm ein Ziegel des Rebhütle aufs Autodach fliegt, anschließend den Mitarbeiter des Landratsamtes verklagt, der dieses Risiko nicht beseitigt hat, wird kein Mitarbeiter bereit sein, dafür den Kopf hinzuhalten. Das Leben birgt Risiken und nicht für jeden Unfall kann und sollte man jemanden zur Verantwortung ziehen. Nur wenn wir dazu bereit sind, kann es zufriedenstellende und unbürokratische Lösungen geben.

Birte Könnecke

Schwieriger Parteitag in Donaueschingen

Gestern waren wir mit acht Delegierten erwartungsvoll nach Donaueschingen gefahren. Die Landespartei hat zum Parteitag geladen, wir waren da mit zwei Anträgen dabei und wir waren auch gespannt, wie wir alle nach den verlorenen Wahlen der letzten Jahre weitermachen wollen.

Nun haben Parteitage ja immer irgendwie auch was emotionales, aber dieser war schon besonders. Hier eine rein persönliche Rückschau.



Ein Parteitag sollte sich zusammensetzen aus Reden, Wahlen und Antragsberatungen. Vom Programm her für einen eintägigen Parteitag schon sportlich. Wenn dann noch einiges an unerfreulichen Querelen im Vorfeld auftritt, auf die ich hier gar nicht weiter eingehen kann und will, da ich nicht dabei war und immer nur

wieder die Bugwellen mitbekommen habe, wird es nicht leichter.

Zu den Punkten im einzelnen: Ich höre Leni sehr gerne reden. Ihre Sprache und ihre offene Art machen einfach Spaß und das was sie sagt, gefällt mir in aller Regel auch. Aber eine Stunde ist einfach zu lang. Da wiederholt sich dann doch manches und es wird immer schwerer, die Quintessenz des Gesagten herauszuhören. Und wenn der knappe Zeitplan dann allen anderen nur noch zwei Minuten Redezeit zubilligt, ist die Differenz zwischen „denen da oben“ und der Basis zu groß. Auch Ralf Stegner höre ich gerne (auch wenn ich ihn nicht unbedingt als den „Glamour-Faktor“ angekündigt hätte). Insgesamt sollte bei einem 8-stündigen Parteitag aber nicht mehr als eine Stunde für Reden eingeplant werden.



Die Wahlen: gewählt wurden die Delegierten für den Parteikonvent, den Bundesparteitag und die Antragskommission. Ich finde es persönlich sehr schade, dass ich nicht als Delegierte für den Bundesparteitag wiedergewählt wurde. Aber meine persönliche Enttäusch-

ung ist da nur das eine. Insgesamt sind von 47 Delegierten 9 Südbadener dabei. Wenn man da die Abgeordneten Rita, Johannes und Gabi sowie unsere Generalsekretärin Luisa und den gerade eben nicht mehr Abgeordneten Gernot mal ausklammert, bleiben vier Delegierte der „Basis“ über. Fünf Landkreise, die keinen Abgeordneten haben, sind auch beim Bundesparteitag nicht vertreten. Neben uns trifft das die Ortenau, Tuttlingen, Schwarzwald-Baar und Rottweil. Ich halte das für ein strukturelles Problem. Große Teile des ländlichen Raumes finden in Berlin nicht statt.

Über meine Wiederwahl in die Antragskommission freue ich mich und werde mich dort sehr gerne weiterhin inhaltlich einbringen. Damit kommen wir dann auch schon zur

Antragsberatung: Das schöne Antragsbuch, an dem viele Ortsvereine, Kreisverbände und Gliederungen gearbeitet hatten und über das die Antragskommission lange und ausführlich diskutiert und beraten hatte, konnte aus Zeitmangel leider gar nicht mehr behandelt werden. Es wurde komplett an den nächsten kleinen Parteitag überwiesen. Es wurden noch zwei Initiativanträge beschlossen, einer vom Landesvorstand, der andere von den Jusos. Insbesondere zu ersterem hagelte es einiges an Kritik. Ein Antrag, in dem es über den weiteren Weg der Partei geht, sollte so lange im Voraus geplant werden, dass er vor dem Parteitag in den Gliederungen

diskutiert werden kann. Die Entstehung war aber wohl oben genannten Querelen geschuldet, so dass man nur für die Zukunft darum bitten kann, es anders zu machen.

Da neben dem Programm natürlich auch immer das Treffen mit lieben Genossen und Freunden einen Parteitag ausmachen, und ich auch in einer anderen, mir persönlich wichtigen, Gruppierung einiges auf den Weg bringen konnte, gab es jetzt nicht nur Grund zum Klagen. Aber ich bin schon mal besserer Stimmung heimgefahren.

Birte Könnecke

**17.000.000.000 €.
Jedes Jahr.**

Gemäß den Paradise Papern entgehen dem deutschen Staat 17 Milliarden Euro durch die Steuervermeidung der Großkonzerne und Superreichen. Jahr für Jahr für Jahr. Warum regen wir uns nicht auf?

Warum rechnen wir nicht nach, dass man dafür in nur einem Jahr bestimmt 5.000 recht gut ausgestattete Kitas oder Kindergärten bauen könnten? Wenn wir davon dann mal irgendwann zu viele haben, dann könnten wir sogar in einem Jahr 17 Elbphilharmonien bauen. Das wäre zwar sinnlos, aber es wäre möglich.

Stattdessen zucken wir kurz mit den Schultern, gehen zum amerikanischen

Kaffeeröster, klappen unseren Klapprechner mit Obstsymbol auf und bestellen eine neues Wischtelefon beim Versandhändler, der an einen südamerikanischen Strom erinnert. In Sneakers mit Swoosh.



Mit anderen Worten: Wir blasen unsere ordnungsgemäß versteuerten Kröten den Betrügern noch in den Hintern. Was muss passieren, dass es dagegen auch nur halb so viele Proteste gibt, wie gegen die Kosten für die Flüchtlinge?

Vielleicht sollten wir das Gerücht in die Welt sitzen, dass diese ganzen Superreichen noch das neueste Wischtelefon in Spitzenausstattung von der Caritas in die Karibik nachgeschickt bekommen?

Oswald Prucker

Termine!!!

Da gehen wir hin, da ist es schön.

Dienstag, 5.12.2017 – 18:00 Uhr
**Ortsvorsitzendenkonferenz und
Weihnachtsessen des Kreisvorstands**
Gasthaus zur Sonne, Wasenweiler

Dienstag, 12.12.2017 – 19:00 Uhr
**Kreisstammtisch Kaiserstuhl-Tuniberg-
March**
Elsässer Hof, Breisach



Freitag, 12.1.2018 – 18:00 Uhr
Neujahrsempfang des Kreisverbands
Festredner: Jonas Hoffmann
Hofgut Himmelreich



Samstag, 20.1.2018 – 15:00 Uhr
**SPD Mitgliederversammlung mit World
Café zur Parteiarbeit**

Wir wollen uns Zeit nehmen und in
kleinen Gruppen an wichtigen Themen
für unsere Politik und Parteiarbeit
arbeiten.

Ort wird noch bekannt gegeben

Kostenfreies Kindergartenjahr

Das Thema kostenfreie Bildung vom
Kindergarten bis zum Meister oder Uniab-
schluss war zentral in unserem Programm
für die Bundestagswahl. Unsere Landtags-
fraktion bleibt dran und fordert als Einstieg
die Landesregierung auf, die Kommunen so
zu unterstützen, dass ein kostenfreies Jahr
im Kindergarten gewährt werden kann.

Kosten: 120 Millionen Euro, die Cent für
Cent bei den jungen Familien ankommen.

Details gibt es auf der neugestalteten
Webseite der Fraktion: [www.spd-landtag-
bw.de](http://www.spd-landtag-bw.de).

LANDTAGS-
FRAKTION



BADEN-
WÜRTTEMBERG

SPD

Die Mission der SPD: die Partei aller Arbeitnehmer

Ein Beitrag zur Situation unserer Partei von unserem kommissarischen stellvertretenden Vorsitzenden und Mitgliederbeauftragten Henry Kesper.

Die Hoffnung unserer Partei auf einen großartigen Wahlsieg mithilfe des Genossen Schulz hat sich nicht erfüllt sondern im Gegenteil, mit 20,5 % der Stimmen der Wähler für die SPD hat die Partei das schlechteste Wahlergebnis seit Gründung der Bundesrepublik erhalten.

Nun hat abermals die Suche nach den Ursachen des Debakels begonnen. Viel ist die Rede von einer Neufindung, einer neuen Ausrichtung, von neuen Inhalten, von neuen Strategien.

Die SPD braucht sich nicht neu zu erfinden, braucht keine neuen Inhalte, kein neues Parteiprogramm. Unsere Partei verlor, ja scheiterte, nicht an klare Aussagen zu den wichtigen sozial-, wirtschafts- und außenpolitischen Themen (zugegeben, schwach waren die Aussagen bezüglich der Umweltpolitik). Was der Partei misslang, war die Kommunikation mit den Wählern, d. h. die Inhalte des Wahlprogramms wurden von den Wählern nicht verstanden bzw. sie

wollten sie vielleicht auch nicht verstehen, weil sie unserer Partei nicht (ver)traute(n).

Also heißt das für die Zukunft, es müssen Wege und Kommunikationsmittel gefunden werden, auf denen die Inhalte und die Botschaften zu den Wähler und Wählerinnen gelangen. Diese Mittel sollten das Internet und die soziale Medien sein. Aber genauso wichtig sind die persönlichen Kontakte zu den Wählern, Stichwort Hausbesuche. Letztere erfordern allerdings ein starkes Engagement der einzelnen Parteimitglieder vor allem der Vorstandsmitglieder der Ortsvereine und der Unterbezirke.



Ein Manko der SPD ist ihr Bestreben eine Volkspartei zu sein. Der Begriff „Volk“ ist zu schwammig. Volk umfasst die gesamte Bevölkerung: vom gerade geborenen Baby bis zur hunderjährigen Seniorin; der Begriff Volk umfasst auch „die da unten“ und „die da oben“, die Kleinstverdiener, die „kleinen Rentner“ bis zu den Großkapitalisten, die

„Reichen und Superreichen“. Letztere stecken sich immer mehr vom Volksvermögen in ihre Taschen. Mehrmals im Jahr wird hierüber in den Medien berichtet und dargestellt, wie die Schere zwischen Arm und Reich immer größer wird. Vertritt unserer Partei die Interessen der Reichen? Die SPD wurde vor 154 Jahren als Arbeiterpartei gegründet. Sie war Heimat der ausgebeuteten Lohnabhängigen. Und Lohnabhängige gibt es bis zum heutigen Tag. Etwa 70 % der arbeitenden Bevölkerung sind lohnabhängig. Zu den Lohnabhängigen müssen auch die pseudo-Selbstständigen gezählt werden, die als sog. Ich-AGs auf eigene Rechnung arbeiten. In den letzten Jahrzehnten ist auch aufgrund der Digitalisierung unserer Wirtschaft die Zahl dieser Menschen gewaltig gestiegen: es handelt sich dabei z.B. um Menschen, die zu Hause am Computer arbeiten, um Lieferwagenfahrer, die Pakete austeilten. Sie sind aber nicht wirklich selbstständig, sondern von Auftraggebern abhängig. Auch diese pseudo selbstständig arbeitenden Menschen muss die Zielgruppe unserer Partei sein. Diese müssen über ihre wirkliche wirtschaftliche und soziale Lage aufgeklärt werden. Meist sind sie ohne soziale Absicherung wie z.B. Krankenversicherung, Berufsunfallversicherung, Rentenversicherung etc.

Ein weiterer Gesichtspunkt sind die diffusen Ängste, die sehr viele Menschen haben.. Soziologen sprechen von kollektiven Ängsten der Bevölkerung, die in den Köpfen bzw.in den „ Herzen“ der Masse der

Bevölkerung vorhanden sind. Diese Ängste fußen auf den möglichen Arbeitsplatzverlust, auf Angriffe auf Leben und Eigentum (Stichwort Terrorismus), aber auch die seit etwa 3 Jahren steigende Zahl von Flüchtlingen und Asylbewerbern. Ein großer Teil der Bevölkerung fürchtet sich vor der sogenannten Globalisierung der Wirtschaft. Die Menschen sehen allerdings nicht, dass sie durch ihr Kaufverhalten dazu beitragen, dass Firmen hier in Deutschland entweder Bankrott gehen oder aber ihre Produktionsstätten in das niedriglohn Ausland verlegen, was den Verlust ihrer eigenen Arbeitsstellen bedeutet(e).

Wir alle werden „abgerichtet“ durch eine permanente und raffinierte Werbung aufs Konsumieren: „Schnäppchen jagen“ und möglichst oft neue Waren kaufen, die wenig kosten aber auch zur gleichen Zeit von billiger Qualität sind und in Fernost von ausgebeuteten Arbeitern und Arbeiterinnen hergestellt werden.

Ängste werden aber auch durch die täglichen Meldungen in den Medien erzeugt: Nahaufnahmen von zerfetzten Menschen, von zerstörten Häusern und kaputten Städten und Dörfern aus den entlegensten Ecken der Erde, das Ganze so reißerisch wie möglich. Diese Art der Berichterstattung gab es noch nicht vor 20 oder 30 Jahren. Wenn Menschen diesen Bildern fast täglich ausgesetzt sind, wird ihr Verhalten geändert: nicht nur Ängste entstehen, sie werden auch aggressiv. So rotteten sich sogenannte „Wutbürger“

zusammen und pöbelten „handfest“ gegen Flüchtlinge. Diese Zustände haben sich populistische Politiker zunutze gemacht. Die Ergebnisse der letzten Bundestagswahl haben gezeigt: die AfD schürt(e) die kollektiven Ängste und ist drittstärkste Partei im Bundestag geworden. Auch ehemalige SPD Wähler/innen gaben dieser Partei ihre Stimmen. Trotz Stimmenverluste gingen CDU/CSU wieder als stärkste Partei aus den Wahlen heraus. Merkel spielte ihre Rolle als „Mutter der Nation“, die alles im Griff hatte, Ruhe ausströmte und damit Sicherheit zu bieten schien.

Die SPD befindet sich nun zwischen den populistischen „Panikmachern“ und den beharrenden politischen Kräften. Unsere Partei muss sich auf ihre ursprünglichen Inhalte sozialdemokratischer Politik konzentrieren, die Sorgen und Ängste der Lohnabhängigen aufnehmen, ihnen zuhören, ihre Wünsche und Vorschläge aufnehmen und dann konkrete Gesetzesinitiativen auf den Weg bringen.

Auch müssen die Kontakte zu den Gewerkschaften aufgenommen bzw. intensiviert werden.

Dazu zählen: die Abschaffung oder strikte Einschränkung der Zeitarbeit und der Werkverträge, die Einführung der Bürgerversicherung, eine allgemeine Pflicht zur Mitgliedschaft in der Rentenversicherung, incl. aller Selbstständigen in Handwerk und Industrie. Andere Staaten wie Österreich und die skandinavischen Staaten

zeigen die Vorteile einer solchen allgemeinen Pflichtversicherung. Bezahlbarer Wohnraum ist ein weiterer sozialpolitischer Bereich, der dringend verwirklicht werden muss. Bezahlbares Wohnen ist nur realisierbar, wenn die öffentliche Hand Wohnungen baut. Private Investoren sollten nicht Partner in diesem sensiblen Lebensbereich sein.

Zur sozialen Gerechtigkeit gehört auch eine höhere Besteuerung der Wohlhabenden, ab welcher Höhe des Einkommens und des Vermögens sollte von sozialen und volkswirtschaftlichen Bewertungen abhängen.

Im Allgemeinen muss eine stärkere Einflussnahme des Gesetzgebers auf unsere kapitalistische Wirtschaftsordnung ausgeübt werden, um das Allgemeinwohl in unserer Gesellschaft zu verwirklichen. Die soziale Marktwirtschaft der 1950 und 1960er Jahre ist sich in den letzten 30 Jahren zu einer privat-kapitalistischer Wirtschafts(un)ordnung verkommen. Ihre Merkmale sind Privatisierung und Auslagerung von öffentlichen Dienstleistungen („outsourcing“) zu Lasten des Allgemeinwohls und vieler Lohnabhängigen.

Zeigt unsere Partei dieses sozialpolitische Profil, wird sie bei der Arbeitnehmerrinnen und Arbeitnehmern, den Arbeitslosen und Hartz IV Empfängern und den Rentnern wieder Vertrauen finden und ihre Mission als Anwalt der abhängig beschäftigten Menschen erfüllen.

Henry Kesper